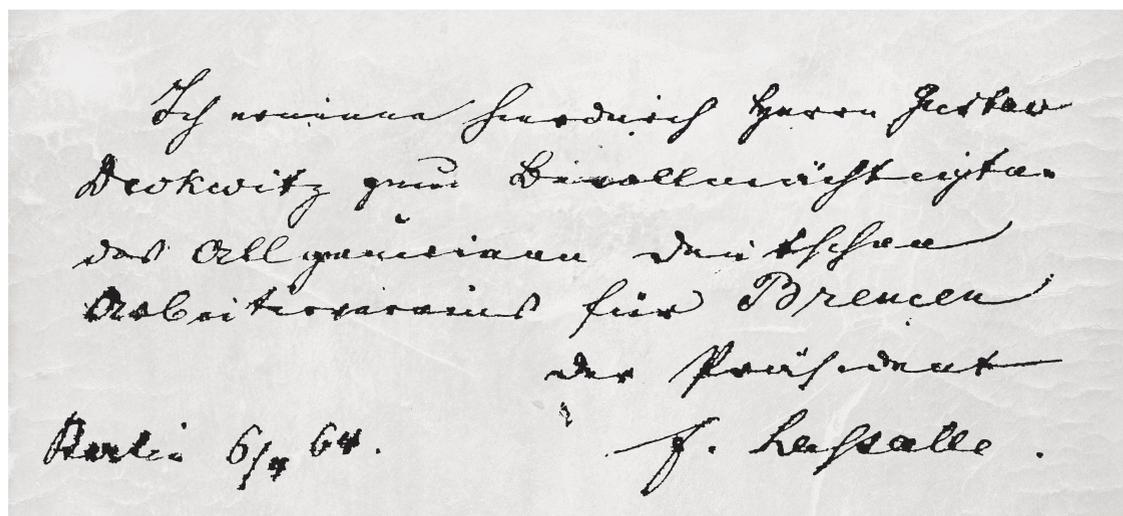


bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Der handschriftliche Brief des ADAV-Gründers und Vorsitzenden Ferdinand Lassalle an den Bremer Gustav Deckwitz vom 6. April 1864 abgebildet, der heute als „Gründungsurkunde“ des ADAV in Bremen und damit der Bremer SPD betrachtet wird.

Ferdinand Lassalle schreibt darin:

„Ich ernenne hierdurch Herrn Gustav Deckwitz zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Bremen.

Der Präsident
F. Lassalle

Berlin, 6/4 64“

HAPPY BIRTHDAY SPD BREMEN

Von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Lothar Probst, Christian Weber, Melf Grantz, Annette Düring, Peter Kruse, Frank Lemmermann und Ralph Saxe



FOTO: PRIVAT

„Wie ein roter Faden oder besser ein rotes Tau zieht sich durch ihre SPD-Geschichte der kompromisslose Einsatz für eine demokratische Gesellschaft. Das zeigte sich im aufopferungsvollen Kampf gegen den Hitler-Faschismus. Aber auch für ihren

Einsatz gegen die autoritär-konservative Politik in der Adenauer-/Erhard-Ära verdient sie den Demokratiepreis. Der Brandtsche Leitspruch „Demokratie wagen“ hat Deutschland positiv verändert. Zu erinnern ist auch an seine mutige Ostpolitik, die die demokratische Transformation in den Ostländern vorangetrieben hat. Zu den bundesdeutschen Höhepunkten der durch die SPD verantworteten sozialen und ökonomischen Reformpolitik gehören das Gesetz zur Übernahme der staatlichen Verantwortung für Vollbeschäftigung Mitte der 1960er Jahre sowie die Stärkung der sozialen Systeme in der Willy-Brandt-Ära. Nach 150 Jahre erfolgreicher Politik für Demokratie und Gerechtigkeit in der Wirtschaft kann die SPD auch mit ihren kritischen Phasen umgehen. Vor allem die Hartz IV-Regelung der Agenda 2010 ließ den Niedriglohnsektor expandieren. Die SPD hat sich jedoch mit ihrem kraftvollen Einsatz im Vertrag der Großen Koalition als lernfähig erwiesen. Die Formel, jede „Arbeit sei besser als Arbeitslosigkeit“ ist durch die Instrumente unter der Kapitelüberschrift „Gute Arbeit“ abgelöst worden. Der SPD wünsche ich, dass sie als lernfähige Gestaltungskraft in Deutschland zur Stärkung der Demokratie und sozialen Ausgleichs weiterhin beitragen wird.“

Prof. Dr. Rudolf Hickel, Forschungsleiter für „Wirtschaft und Finanzen“ am Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen“

„Die Bremer SPD kann auf ihre Geschichte und ihre Rolle im kleinsten Bundesland stolz sein. Schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gelang es der Partei, sich tief im Arbeitermilieu zu verwurzeln. Einmalig in der Bundesrepublik ist dann ihr Aufstieg zur dominanten Partei nach 1946. Ob Bundestags-, Bürgerschafts- oder Europawahlen – stets war die SPD die



FOTO: PRIVAT

stärkste Partei. Seit 1946 stellt sie ununterbrochen den Präsidenten des Senats, in den 1950er Jahren sowie zwischen 1971 und 1991 erreichte sie absolute Mehrheiten. Darüber hinaus haben Persönlichkeiten wie Wilhelm Kaisen, Hans Koschnick und Henning Scherf nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit ihre Spuren hinterlassen. Keine andere Partei hat vor diesem Hintergrund dem Bundesland so stark ihren Stempel aufgedrückt wie die SPD. Das gilt im Positiven wie im Negativen. Mit ihrer beherrschenden Stellung gingen auch Verkrustungen einher, die Bremen nicht immer gut getan haben. Dennoch: Bremen verdankt seine Selbstständigkeit nach 1945 und viele Erfolge beim sozialen Fortschritt der SPD und ihren Führungspersonlichkeiten. Dafür gebührt ihr Respekt und Anerkennung.“

Prof. Dr. Lothar Probst, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bremen

„Die Partei hat gewiss nicht immer recht. Trotzdem ist sie meine politische Basis; seit 40 Jahren fühle ich mich der Bremer SPD als Mitglied eng verbunden. Sie ist reich an Tradition. Jeden Tag schaue ich in meinem Büro auf das Bild von Fried-



FOTO: PRIVAT

rich Ebert, der um 1900 als Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft saß. Aber mindestens ebenso reich ist die SPD an Modernität und Reformfähigkeit. Ich bin stolz darauf, dass wir deutscher Vorreiter in Sachen Mindestlohn waren und

dass die Solidarität als Grundlage für den sozialen Frieden im Land bei uns am besten aufgehoben ist. Die SPD Bremen versteht sich als Partei, die den Stimmen der Wählerinnen und Wähler erst den nötigen Nachdruck verleiht. Dabei erheben wir den Anspruch, Menschen in demokratische Prozesse direkt einzubeziehen und immer wieder neue Formen der aktiven Beteiligung zu erfinden – ohne den Willen des Volkes, das uns Parlamentariern in freier Wahl ein Mandat erteilt hat, zu vernachlässigen oder gar zu verletzen.“

Christian Weber, Präsident der Bremischen Bürgerschaft



FOTO: STADT BREMENHAVEN

Als Oberbürgermeister und Sozialdemokrat der kleineren Schwesterstadt im Land Bremen gratuliere ich der SPD in der größeren Schwesterstadt unseres Bundeslandes ganz herzlich zu ihrem 150. Geburtstag. Trotz mancher Rivalität

zwischen unseren beiden Städten überwiegt die Gemeinsamkeit als Bremer Landeskinder. Sie ist und bleibt auch ganz wichtig, vor allem bei der Vertretung bremischer Interessen gegenüber Dritten. Dazu haben vor allem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Stadt Bremen beigetragen,

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

die – anders als mancher Vertreter der feinen bürgerlichen hanseatischen Kreise – Bremerhaven nicht als Kolonie betrachteten, sondern als den Ort, in dem handfest gearbeitet wurde und wird. Die Bremer SPD weiß, dass es ohne Bremerhaven kein Bundesland Bremen gäbe. Und auch keinen SPD-Landesverband. Von diesen Vorteilen profitieren wir alle. Auch weil wir uns alle gut kennen, einschätzen können und (fast alle) mögen, machen wir gute Politik für Bremen.

Melf Grantz, Oberbürgermeister Bremerhaven



FOTO: DGB-THOMAS LAN GREIDER

„Schon der Name Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein zeigt die traditionelle Verbundenheit der SPD zur Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften. Viele Themen, wie das Streben nach Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtig-

keit sowie der Wunsch nach einem friedlichen und sozial gestalteten Europa verbindet uns. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist unser gemeinsamer Ursprung. Von der Abschaffung der Kinderarbeit über die Tarifautonomie bis zur Arbeitszeitverkürzung hat sich unser Leitthema entwickelt. Häufig sind wir diesen Weg gemeinsam gegangen. Aber es gab auch Zeiten der harten Auseinandersetzung bis hin zur Trennung. Darunter leiden wir heute noch – das muss Geschichte sein! Wir brauchen eine starke sozialdemokratische Partei wie auch starke Gewerkschaften! Viele engagieren sich in beiden und das ist auch gut so! Setzen wir uns gemeinsam für eine klare Positionierung der Bremer SPD zu Arbeitnehmerfragen ein. Der Landesmindestlohn und die Ausbildungsgarantie in Bremen, die Rente mit 63 und der Mindestlohn auf der Bundesebene sind positive Vorhaben. 150 Jahre – gute Tante SPD hast dich gut gehalten. Herzlichen Glückwunsch.“

**Annette Düring, Regionsvorsitzende
DGB Region Bremen-Elbe-Weser**



FOTO: PRIVAT

„Die stolze 150-jährige Geschichte der SPD und ihr Wirken in Bremen sind eng verflochten mit der Arbeitnehmerkammer. So wurde der erstmalige Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer vom Sozialdemokraten Erich Sander bereits 1888 in die Bürgerschaft eingebracht. Um die Durchsetzung der Kammeridee für Arbeit und Angestellte hat sich dann später Friedrich Ebert verdient gemacht. So gelang es schließlich im Jahr 1920, die Arbeitnehmerkammern in die neue Landesverfassung aufzunehmen und damit dem Gesamtinteresse der Arbeitnehmerschaft eine Stimme zu verleihen. Nichts desto trotz waren die Beziehungen zwischen der SPD und der Arbeitnehmerkammer nicht immer einträchtig. Dies gilt vor allem für die Periode der Hartz-Gesetze und die Agenda 2010, die die Arbeitnehmerkammer deutlich kritisch begleitet hat. Wir hoffen, dass sich die aktuell gute Zusammenarbeit wie beim Landesmindestlohn, der Armutsbekämpfung oder der Ausbildungsgarantie weiterhin positiv entwickeln wird – im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen.“

**Peter Kruse, Präsident der
Arbeitnehmerkammer Bremen**



FOTO: PRIVAT

„Ich bin kein Bremer, aber mich verbindet viel mit Bremen und mit der Bremer SPD. Vor meiner Zeit als Bürgermeister in Weyhe war ich von 1968 bis 2006 in der bremischen Verwaltung beschäftigt und habe die vielen Höhen und gelegentlichen Tiefen der hansestädtischen Sozialdemokratie aus nächster Nähe miterlebt. Beeindruckt hat mich dabei schon immer eine in der SPD sonst selten anzutreffende Kombination: Die Bereitschaft zur feurigen, manchmal scho-

nungslosen Diskussion und zur inhaltlichen Erneuerung, gepaart mit einem nüchternen Blick für das Machbare und das Mehrheitsfähige. Dies erklärt wohl zum guten Teil, warum die SPD Bremen seit 1945 durchgängig stärkste Regierungspartei geblieben ist. Als Weyher Bürgermeister weiß ich: Bremen braucht ein starkes Umland und das Umland braucht ein starkes Bremen. Es ist schön, wenn in der Region verlässliche Partner zur Verfügung stehen. Die SPD Bremen ist ein solcher Partner und deshalb sage ich voller Überzeugung: Herzlichen Glückwunsch, liebe Jubilarin!“

**Frank Lemmermann, Bürgermeister der
Gemeinde Weyhe**



FOTO: PRIVAT

„Liebe SozialdemokratInnen! Ganz herzlichen Glückwunsch zu 150 Jahren erfolgreicher Politik! Lange hatte die SPD ökologische Themen – von Ausnahmen wie Erhard Eppler abgesehen – kaum auf ihrer Agenda. Etwas verwundert

nahm sie in den 80er Jahren die grüne Bewegung zur Kenntnis. Mit einem gewissen Phantomschmerz wurde registriert, dass auch ehemalige SPD-Mitglieder zu den Gründungsmitgliedern der Grünen gehörten. Seitdem hat sich das Verhältnis normalisiert und immer weiter verbessert. Die SPD hat grüne Themen übernommen und interpretiert, auch wenn sie in diesen Bereichen nicht an das Original heranreicht. Wir Grüne haben von der Sozialdemokratie und ihrer Geschichte gelernt. Das hat auch unserer Programmatik gut getan. Heute sind wir seit 7 Jahren im Land Bremen in einer Koalition. Freundschaften gibt es zwischen politisch konkurrierenden Parteien selten. Unsere Beziehungsebene ist aber wohlwollend und hat sich menschlich vertieft. Das tut Bremen und Bremerhaven gut.“

**Ralph Saxe, Landesvorstandssprecher
Bündnis 90/Die Grünen**

NEUE VORSITZENDE UND ZWEI NEUE ORTSVEREINE

Ergebnisse der Organisationswahlen

Auf den parallel stattgefundenen Unterbezirksparteitagen wurden Uta Kummer (Bremen-Stadt) und Martin Günthner (Bremerhaven) als Vorsitzende überzeugend bestätigt. Im Unterbezirk Bremen-Nord bewarben sich der bisherige Vorsitzende Reiner Holsten und die Vegesacker Beiratssprecherin Heike Sprehe für den Vorsitz, dabei konnte sich Heike Sprehe mit einer klaren Mehrheit durchsetzen. Auch in mehreren Ortsvereinen kam es bei den Organisationswahlen zu neuen Gesichtern an der Spitze.

Bremen:

- Ortsverein Altstadt-Mitte
Sascha-Karolin Aulepp
- Ortsverein Blumenthal
Kay Bienzeisler

- Ortsverein Buntentor:
Wolfgang Schnecking
- Ortsverein Farke-Rekum
Ute Reimers-Bruns
- Ortsverein Findorff
Reinhardt Hamann
- Ortsverein Hemelingen
Jens Dennhardt
- Ortsverein Horn-Lehesterdeich
Catharina Hanke
- Ortsverein Oberneuland
Björn Jantzen
- Woltmershausen/Rablinghausen
Edith Wangenheim

Bremerhaven:

- Ortsverein Mitte
Jörg Fehring

Aus den Bremer Ortsvereinen Huchting und Grolland hat sich im Rahmen der Organisationswahlen der neue Ortsverein Huchting/Grolland gebildet, Vorsitzender ist der Bürgerschafts-abgeordnete Sükrü Senkal. Und in Bremerhaven haben sich die Ortsvereine Geestemünde-Süd und Geestemünde-Nord zum Ortsverein Geestemünde zusammengeschlossen. Vorsitzender ist Karlheinz Michen.

Der ordentliche **Landesparteitag** mit der Neuwahl des Landesvorstandes findet statt am:

SAMSTAG, 21. JUNI 2014, 10:00 UHR

BLG-Forum, Bremen-Überseestadt

LAND BREMEN

SPD

Schule - und dann? Ausbildungsgarantie jetzt!

Auf Initiative der SPD-Fraktion und des Arbeitssenators soll das Übergangssystem umgestaltet werden

Bremen macht ernst: Auf Grundlage einer gemeinsamen Initiative der SPD-Fraktion und des Arbeitssenators Martin Günthner soll in der Hansestadt eine Ausbildungsgarantie neue Chancen für junge Menschen eröffnen und ihnen ermöglichen, im Anschluss an die Schule, einen Berufsabschluss zu erlangen. „Wir wollen dafür sorgen, die bisherigen Übergangssysteme zwischen Schule und Beruf zu überprüfen und deutlich neu auszurichten: Im Mittelpunkt soll künftig stehen, jungen Menschen eine echte Berufsausbildung zu ermöglichen“, erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dieter Reinken.

Schätzungen gehen davon aus, dass rund ein bis zwei Drittel derjenigen, die derzeit keinen Ausbildungsplatz finden grundsätzlich ausbildungsfähig und -willig sind. „Diese jungen Menschen sollen durch unsere Initiative eine echte Chance bekommen. Das Ziel dabei haben wir klar vor Augen: Zum Ausbildungsjahr 2015/2016 soll es in Bremen und Bremerhaven eine Ausbildungsgarantie geben“, so Reinken. Der arbeitsmarktpolitische und Bremer SPD-Chef macht dabei allerdings auch deutlich: „Ja wir werden durch eine Reduzierung des dann in Teilen überflüssigen Übergangsystems Geld frei machen können – umsonst wird diese



Dieter Reinken, Bremer SPD-Chef und arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

Garantie allerdings dennoch nicht zu haben sein. Aber wir stehen in der Pflicht, Verantwortung für die Ausbildung dieser jungen Menschen zu übernehmen, statt sie in Maßnahmen versauern zu lassen.“

Denn genau das ist in Bremen und Bremerhaven bisher nicht selten der Fall wie aktuelle Zahlen belegen: Insgesamt befinden sich in beiden Städten gegenwärtig fast 2.000 unter 25-Jährige in einer Maßnahme, die nicht auf einen Berufsabschluss ausgerichtet ist. Und oft beginnt für junge Leute nach der Schule eine regelrech-

te „Maßnahmenkarriere“: Sie werden von einer Fortbildung in die nächste weitergereicht, ohne allerdings eine 'echte' Qualifikation für den Arbeitsmarkt zu erhalten. „Diese Situation wollen wir ändern“, erklärt dazu Dieter Reinken. Denn letztlich vergeude das gegenwärtige System die Lebenszeit und die Fähigkeiten vieler jungen Menschen ohne ihre Zukunftschancen wirklich zu verbessern – und sei zudem noch teuer. Reinken: „Den betroffenen Jugendlichen soll daher ein konkretes Angebot gemacht werden, denn ein früher Berufseinstieg ist in vielen Fällen sinnvoller, als sich durch verschiedene Weiterqualifizierungen zu hangeln.“

Und auch wenn die Ausbildungsgarantie am Ende Geld kosten wird, ist sich der arbeitsmarktpolitische Sprecher sicher: „Auf Berufsabschlüsse zu setzen ist auch angesichts des Fachkräftemangels in vielen Unternehmen ein richtiger Schritt. Wir sind diese Investition den jungen Menschen genauso schuldig, wie der langfristigen Leistungs- und Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bremen.“ (MK)

■ Nähere Infos zum Thema finden sich in der aktuellen RotHeute-Ausgabe mit dem Schwerpunkt „Ausbildung“:

<http://tinyurl.com/rotheute>

SPD-FRAKTION
VOR ORT!



Der „Rote Bus“ auf Tour durch Bremen und Bremerhaven

Wir sehen uns ... in Ihrer Nachbarschaft! Ein Jahr lang wird die SPD-Fraktion ab Anfang April mit einem Informations-Mobil kreuz und quer in Bremerhaven und Bremen unterwegs sein, um vor Ort in den Stadtteilen ins Gespräch zu kommen und konkret über die Arbeit der Fraktion zu informieren. „Immer wieder wird davon geredet, dass Politik zu wenig transparent sei. Genau das wollen wir ändern – indem wir konkret über unsere Arbeit informieren und mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt in ihrer Nachbarschaft diskutieren“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe den Hintergrund der Aktion.

Termine und Haltestellen:
www.spd-fraktion-bremen.de/roter-bus

ZUWANDERUNG BEREICHERT UNSERE GESELLSCHAFT

Probleme ernst nehmen, Vorurteile abbauen

Zuwanderung ist wieder ein Thema. Befürchtungen kommen hoch, dass unsere Gesellschaft mit der Integration von Migrantinnen und Migranten überfordert sein könnte. Angestachelt von der bayrischen Kommunalwahl initiierte die CSU Anfang des Jahres eine Debatte über angeblichen Sozialtourismus. Es wird unterstellt, dass viele Menschen nur nach Deutschland kämen, um Sozialleistungen abzugreifen. „Wer betrügt, der fliegt“ wird zur griffigen Parole solcher Hetze. Derartige Parolen sind vielleicht geeignet, Wählerinnen am rechten und nationalistischen Rand zu umwerben. Mit der Realität haben sie allerdings wenig zu tun.

Worum geht es? Die Zuwanderung nach Deutschland ist in der Tat in den letzten Jahren wieder angestiegen. 2012 sind im Saldo der Zuwanderungen und Abwanderungen 369.000 Menschen nach Deutschland eingewandert. Dabei handelt es sich größtenteils um Menschen aus anderen Mitgliedstaaten der EU.

Die meisten dieser Menschen fallen in unserer Gesellschaft überhaupt nicht auf. Es handelt sich beispielsweise um Studentinnen und Studenten, die hier ein Studium aufnehmen, oder um Fachkräfte und ihre Familien, die sich im Zusammenhang mit der europäischen Freizügigkeit hier niederlassen. Dies ist auch das Resultat einer europäischen Arbeitsteilung. Genauso wie beispielsweise deutsche Arbeitskräfte von Airbus zum Teil mehrere Jahre in Toulouse arbeiten und mit ihren Familien dort wohnen, gilt dies auch umgekehrt.

Die Hetze von rechten Kräften und der CSU zielt auch nicht auf diese Menschen, sondern auf die Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Nach Ablauf der Übergangszeit gilt auch für rumänische und bulgarische Bürgerinnen und Bürger seit dem 1. Januar 2014 volle Freizügigkeit. Warum gerade diese Menschen argwöhnisch beäugt werden, ist relativ einfach zu erklären. Jedes Mal, wenn neue Mitgliedstaaten beigetreten sind, deren Wirtschaftskraft unter dem EU-Durchschnitt liegt, wurde die Angst geschürt, dass nun unsere Sozialsysteme in Deutschland geplündert würden. In den 1980er Jahren wurde vor Griechen, Spaniern und Portugiesen gewarnt, im Jahr 2004 vor polnischen Zuwanderern. All



Freizügigkeit muss erhalten bleiben.

diese Warnungen entpuppten sich als unbegründete Hysterie. Sicherlich wanderten Menschen aus diesen Staaten in Deutschland ein. In der Regel haben sie sich hier aber gut integriert, gehen einer Arbeit nach und plündern nicht unsere Sozialkassen sondern im Gegenteil, sie zahlen in die Sozialkassen ein. Im Übrigen ist es rechtlich auch gar nicht möglich, Sozialleistungen von deutschen Stellen zu beziehen, ohne eine mindestens sechsmonatige Erwerbstätigkeit geleistet zu haben bzw. ohne fünf Jahre in Deutschland gelebt zu haben.

Ebenso ist es falsch zu unterstellen, aus Rumänien und Bulgarien würden nur arme, unqualifizierte Menschen einwandern. Im Gegenteil, ein großer Teil ist gut qualifiziert, 13 Prozent der Zuwanderer haben sogar einen akademischen Abschluss. So trägt beispielsweise auch Rumänien dazu bei, die Ärztenknappheit in Deutschland zu vermindern. Die jüngst verabschiedete Mitteilung des Senats zur Aufnahme und Integration von EU-Bürgerinnen und -Bürgern aus Bulgarien und Rumänien im Land Bremen leugnet aber auch nicht, dass die Integration mancher Zuwanderer besondere Anforderungen – etwa bei der Beschulung der Kinder – stellt.

Ein genauerer Blick auf die Zuwanderung zeigt: Bremen und Bremerhaven

müssen einige Anstrengungen unternehmen, damit Integration gelingen kann. Aber: die Aufgaben sind lösbar und es lohnt sich, sie anzugehen. Denn die Migrantinnen und Migranten bereichern unsere Gesellschaft und tragen zur Linderung des Fachkräftemangels bei. Hysterie und ausländerfeindliche Hetze bringen uns keinen Schritt weiter und helfen niemandem. ■

UNSER KANDIDAT IM NETZ

Im Europawahlkampf informiert bleiben

Die Homepage unseres Europakandidaten ist unter www.joachim-schuster.eu zu erreichen. Dort findet Ihr neben aktuellen Informationen zu Joachim Schusters politischer Arbeit eine Aufstellung interessanter Termine sowie Beschlüsse und andere Dokumente zum Herunterladen.

Auch auf Facebook ist der Kandidat präsent: Die Seite findet ihr unter: www.facebook.com/joachim.schuster.eu Hier besteht natürlich die Möglichkeit, aktuelle Einträge zu kommentieren sowie Joachim direkt anzuschreiben. Wir freuen uns über viel „Verkehr“ auf den Online-Kanälen. ■

EUROPA DIALOG:

**MANUELA SCHWESIG
IN BREMERHAVEN**

**SAMSTAG,
26. APRIL 2014
13:00 UHR**

**Auswandererhaus
Columbusstraße 65
27568 Bremerhaven**

**ANDREA NAHLES
IN BREMEN**

**MONTAG,
28. APRIL 2014
20:00 UHR**

**Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen**

**MARTIN SCHULZ
IN BREMEN**

**FREITAG,
2. MAI 2014
17:30 UHR**

Marktplatz

**JENS BÖHRNSEN
IN BREMEN-NORD**

**MITTWOCH,
7. MAI 2014
19:00 UHR**

**Hotel Strandlust,
Rohrstraße 11,
28757 Bremen**

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen